

# OMNIBUS

gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie



## Ein Unternehmen zur Einführung der Volksabstimmung

Direkte Demokratie – das ist die Möglichkeit der unmittelbaren Gesetzgebung von unten durch das Volk, der Volksentscheid nach vorheriger freier Information. Ohne dieses Instrument ist die Demokratie nicht vollendet. Freie Menschen müssen über ihre Belange und die des Gemeinwesens selbst bestimmen können.

Der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND ist ein selbstverwaltetes kulturelles Unternehmen. Es ist als "gemeinnützige GmbH" im Handelsregister Düsseldorf eingetragen. Verantwortlich sind Brigitte Krenkers, Johannes Stüttgen, Thomas Mayer, Kurt Wilhelmi sowie das OMNIBUS-Team mit Werner Küppers, Markus Schüffler und viele weitere Mitarbeiter/innen.

Wir bekommen kein Geld vom Staat und von der Wirtschaft. Das Unternehmen trägt sich allein durch Beiträge von vielen Menschen, die diese Arbeit für sinnvoll halten und unterstützen. Auch Sie können direkt in den OMNIBUS einsteigen, indem Sie zu den Betriebsmitteln Ihren Beitrag leisten, maßgeschneidert nach Ihren persönlichen Möglichkeiten. Wir verstehen das als eine ganz konkrete Form der Mitarbeit, ohne die wir unser gemeinsames Ziel sowieso nicht erreichen können.

## OMNIBUS = (lat.) für alle, durch alle, mit allen

Damit die Volksabstimmung in Deutschland wächst, arbeiten wir ruhig und beständig daran. Wir wenden uns mit unserer Arbeit an JEDEN, denn diese Idee geht JEDEN an. Wir sind mit dem OMNIBUS in Deutschland unterwegs – von Ort zu Ort – und sprechen überall mit den Menschen über die Idee der Volksabstimmung. Im GESPRÄCH entsteht die Substanz Demokratie und unsere Erfahrung zeigt: wenn genügend Substanz wirkt und der Zeitpunkt stimmt, macht die Volksabstimmung in Deutschland einen weiteren Realisierungsschritt.

## Einige Gedanken zur Volksabstimmung

Die Volksabstimmung ist ein wichtiges Instrument dafür, daß der Mensch Verantwortung für das "Soziale Ganze" übernehmen kann. Diese Verantwortung läßt sich, ohne daß der Mensch Schaden nimmt, nicht mehr delegieren. Nur durch eigenes Handeln und Entscheiden wird das Leben lebendig. Die Politiker können uns diese Verantwortung nicht mehr abnehmen. Immer mehr Entscheidungen werden zu Gewissensentscheidungen, zu Grundsatzentscheidungen (Gen-Technik, Kriegseinsatz, Verlust von Souveränitätsrechten, Globalisierung etc.).

### Denken ist nötig!

Das Leben ist kein Fernseher und der Mensch kein Zuschauer, sondern ein Akteur. Der Wille zur Mitgestaltung und Verantwortung und das aktive Interesse am Weltgeschehen ist ohne das Recht der freien Entscheidung und Gestaltung blockiert. Ich bin zum Zuschauen verdammt. Erst wenn ich aufgerufen werde, mir selbst ein Urteil zu bilden, meine Stimme in die Waagschale zu werfen, bin ich in meiner Würde als erwachsener Mensch heute angesprochen – auch wenn ich irre. Denn der Irrtum ist erlaubt und nötig. Er ist die Chance, es in Zukunft besser zu machen. Wir alle stehen am Anfang. Keiner kann es. Keiner hat eine Lösung für die globalen Fragen der heutigen Zeit. Keiner, kein Führer und auch kein Kanzler. Das weiß heute jeder. Die Volksabstimmung ruft das Interesse aller an diesen Fragen auf und stärkt den Willen zur Initiative und Gestaltung. Je mehr Menschen mit Bewußtsein an diesen Fragen teilnehmen, desto höher ist die Identität mit der eigenen Tat und erst dadurch wird die Demokratie (Volksherrschaft) gelebte Wirklichkeit. Die Volksabstimmung ermöglicht das Gespräch von Mensch zu Mensch. Sie läßt den Menschen frei, sein eigenes Urteil zu bilden und bei der Abstimmung nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Jede Stimme zählt gleich.

### Der Königsweg:

#### Die Volksabstimmung über die Volksabstimmung

Ob wir das Recht auf Volksabstimmung bekommen oder nicht, hängt von uns Bürgerinnen und Bürgern ab. Wenn wir die Volksabstimmung haben wollen, müssen wir sie erst schaffen. Mit diesem Schaffen entsteht die Fähigkeit, die notwendig ist, das Instrument der Volksabstimmung auch zu gebrauchen. Wir wenden uns mit unserer Arbeit also an die Bürgerinnen und Bürger selbst. Deshalb haben wir auch die landesweiten Volksbegehren für die Einführung oder Verbesserungen von Volksabstimmungsrechten in Bayern (1995), Hamburg (1998) und Thüringen (2000) unterstützt. Auch bei der Einführung der bundesweiten Volksabstimmung streben wir den Königsweg einer "Volksabstimmung über die Volksabstimmung" an.

## Volksabstimmung in Deutschland

Im Grundgesetz steht von Anfang an: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“ (Art. 20/2). Die Wahlen sind durch ein Wahlgesetz geregelt, aber die Abstimmungen sind bis heute ungeregelt geblieben, obwohl sich in Umfragen immer wieder eine große Mehrheit der Stimmberechtigten (durchschnittlich 75 % der Wähler aller Parteien) für eine gesetzliche Regelung der bundesweiten Volksabstimmung ausspricht. Ohne Volksabstimmung kann die Demokratie nicht leben. Es zeigt sich – wenn man den Ablauf und das Ergebnis der Wahlen betrachtet – immer deutlicher, daß die Parteien mit den sozialen Gestaltungsaufgaben der Gegenwart und schon gar der Zukunft heillos überfordert sind. Dazu bedarf es der aktiven und verantwortlichen Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger. Der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND setzt sich seit 1987 für faire Abstimmungsrechte auf allen Ebenen ein und hat einen konkreten Gesetzentwurf in seinem Gepäck, der die bundesweite Volksabstimmung regeln könnte (im Wortlaut im Internet unter: [www.volksabstimmung.org](http://www.volksabstimmung.org)). In diesem Jahr werden dem Bundestag 100.000 Unterschriften für diesen Gesetzentwurf überreicht – das entspricht der ersten Stufe des dreistufigen Verfahrens einer bundesweiten Volksabstimmung, der Volksinitiative. Der OMNIBUS sammelt auf seiner Fahrt immer weiter die Unterschriften als Willenserklärungen der Bürger für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung - bis es sie gibt.

Abgesehen von der bundesweiten Volksabstimmung hat sich die Direkte Demokratie in Deutschland in den letzten Jahren schön von unten entwickelt. Inzwischen gibt es in allen Bundesländern Regelungen für die Landesebene und für die kommunale Ebene. Allerdings sind diese Regelungen meist noch untauglich, d.h. die gesetzlichen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide sind viel zu hoch (Themenausschlüsse, Unterschriftenhürde beim Volksbegehren, Zustimmungsklausel beim Volksentscheid). Wenn die Regelungen nicht praktikabel sind, können auch keine Volksabstimmungen stattfinden. Wir setzen uns also überall für faire Abstimmungsregelungen ein. Wo wir damit Erfolg haben, ergreifen die Bürger auch sofort dieses Instrument.

### Beispiel: Bayern

1993 initiierten wir zusammen mit dem Verein „Mehr Demokratie e.V.“ das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern“ zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids. Im Februar 1995 trugen sich fast 1,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger für unser Volksbegehren ein. Im Oktober 1995 gewannen wir den Volksentscheid. Seitdem haben in Bayern über 1.000 Bürgerbegehren stattgefunden. Wenn wir heute mit dem OMNIBUS durch Bayern fahren, dann müssen wir die Volksabstimmung nicht mehr lange erklären. Die Menschen wissen, wovon wir reden. Sie haben damit Erfahrungen gemacht und trauen sich die Volksabstimmung auch auf Bundesebene eher zu.

## Volksabstimmungen in den Bundesländern:

- 1995, Bayern, „Einführung des Bürgerentscheids in Gemeinden und Kreisen“
- 1997, Schleswig-Holstein, „Erhalt des Buß- und Bettags“
- 1998, Bayern, „Abschaffung des Senats“
- 1998, Schleswig-Holstein, „Rechtschreibreform“
- 1998, Hamburg, „Einführung des Bürgerentscheids in den Stadtbezirken“ und „Reform der landesweiten Volksabstimmung“
- 2000, Thüringen, „Mehr Demokratie in Thüringen“ (erfolgreiches Volksbegehren – vom Verfassungsgericht für unzulässig erklärt)
- 2001, Sachsen, „gegen Zentralisierung der regionalen Sparkassen“
- 2002 wurden 17 Volksinitiativen gestartet in den Ländern Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein (Themen u.a.: gegen Tierversuche in Bremen, für ein besseres Wahlrecht in Hamburg, gegen Schulschließungen und Unterrichtsausfall in Sachsen und Schleswig-Holstein, gegen die Privatisierung der Krankenhäuser und den Verkauf der Wasserwerke in Hamburg ...)

## Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Gemeinden und Städten:

Auch auf kommunaler Ebene nehmen die Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ständig zu, obwohl außer in Hamburg und Bayern die gesetzlichen Hürden in den verschiedenen Bundesländern sehr hoch und unfair sind.

Bis Ende 2001 gab es insgesamt 2.677 Bürgerbegehren (BB) und 1.187 Bürgerentscheide (BE), und zwar: Baden-Württemberg 234 BB, 120 BE; Bayern 1.260 BB, 578 BE; Berlin (Bezirke) 0 BB, 0 BE; Brandenburg 144 BB, 24 BE; Bremen 2 BB, 0 BE; Hamburg (Bezirke) 26 BB, 1 BE; Hessen 164 BB, 63 BE; Mecklenburg-Vorpommern 23 BB, 21 BE; Niedersachsen 54 BB, 18 BE; Nordrhein-Westfalen 205 BB, 70 BE; Rheinland-Pfalz 78 BB, 27 BE; Saarland 2 BB, 1 BE; Sachsen 165 BB, 80 BE; Sachsen-Anhalt 57 BB, 33 BE; Schleswig-Holstein 240 BB, 126 BE; Thüringen 23 BB, 24 BE.

## Beispiel: Die Schönauer Stromrebellin

Wie die Gallier um Asterix und Obelix im übermächtigen Römischen Reich dürfen sich seit Anfang der 90er Jahre die Bürger/innen der kleinen Gemeinde Schönau in Baden-Württemberg fühlen. Ihr Zaubertrank war der Bürgerentscheid. In zwei Abstimmungen setzten sie gegen den massiven Druck der Stromkonzerne und die Ungläubigkeit der Lokalpolitiker die Übernahme des lokalen Stromnetzes in Bürgerhand durch. Heute gilt Schönau als Musterbeispiel für eine umweltfreundliche Energiepolitik. Der Schönauer Strom kann seit der Liberalisierung des Energiemarkts bundesweit bezogen werden.

## Der Ausverkauf der Lebensgrundlagen ist in vollem Gange

Die sogenannte Daseinsvorsorge, d.h. das öffentliche Eigentum, ist sowohl vom Grundgesetz als auch vom Europäischen Grundlagenvertrag ausdrücklich in die Hoheit der Kommunen gelegt worden. Es handelt sich dabei schließlich um die Lebensgrundlagen eines Gemeinwesens, die von den Bürgern gemeinsam geschaffen wurden und Gemeineigentum sind. Für eine begrenzte Amtszeit gewählte Politiker dürfen dieses Gemeineigentum höchstens treuhänderisch verwalten, es gehört ihnen nämlich nicht! Nun sind aus strukturellen Gründen die Gemeinden in Deutschland in einer verzweifelten Haushaltslage (Städte wie Frankfurt oder München, ganz zu schweigen von Berlin, sind regelrecht pleite) und gehen immer häufiger und in schneller Folge dazu über, alles, was nicht niet- und nagelfest ist, zu verhökern, um ihren Haushalt aufzupäppeln. Dabei vergreifen sie sich an Stadtwerken, Abwassersystemen, Müllverbrennungsanlagen, Straßen und Plätzen, öffentlichen Nahverkehrsmitteln, Krankenhäusern und sogar am Trinkwasser!

Gleichzeitig werden von der Welthandelsorganisation (WTO) als Erfüllungsorgan eines nur an Profitinteressen orientierten Neoliberalismus internationale Vertragswerke vorangetrieben, die alles zur Handelsware machen sollen und einen solchen Handel mit den Lebensgrundlagen völkerrechtlich bindend festschreiben wollen. Die Verhandlungen finden weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne jegliche demokratische Kontrolle statt. Bis 2005 soll das sogenannte GATS-Abkommen (Allgemeines Abkommen über den Dienstleistungsverkehr) weltweit bindend Gültigkeit erlangen und würde sich, im Falle des Inkrafttretens, über alle anderen Gesetze und internationalen Abkommen stellen. Umweltabkommen oder auch die Menschenrechte könnten so zu Makulatur werden. Eine Unterschrift unter das GATS-Abkommen ist bindend. Es würde den Ausverkauf öffentlicher Güter auf unabsehbare Zeit festschreiben. Fast alle Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Landwirtschaft, Energieversorgung, Trinkwasser, geistige Eigentumsrechte usw. würden unter Profitmaximierungsgesichtspunkten zur Handelsware. Dennoch halten unsere Regierungen und auch die Europäische Union den Steigbügel für diese Machtübernahme der transnationalen Konzerne. Dagegen steht unser Grundgesetz, das die Souveränität des Volkes festschreibt und uns auffordert, alle Angriffe auf die demokratische Verfassung abzuwehren.

**Bürgerentscheide sind die stärksten demokratischen Instrumente, um die Hoheit der Menschen über die Lebensgrundlagen zu erhalten!**

Immer mehr Menschen wollen diesen Ausverkauf stoppen. Sie tragen die Informationen aus den Rathäusern in die Öffentlichkeit. Sie benutzen die bestehenden Regelungen für Bürgerentscheide. Die Wichtigkeit und die Brisanz dieses Themas führen dazu, daß selbst die hohen Hürden, die der Gesetzgeber vor dem Bürgerentscheid aufgerichtet hat,



überwunden werden. Es hat in Deutschland schon über 50 Bürgerentscheide gegeben, durch die erfolgreich zum Beispiel der Verkauf von Stadtwerken oder die Privatisierung der öffentlichen Versorgung verhindert werden konnte. Überall in Deutschland werden Initiativen gestartet. Für die Umsetzung können wir Unterstützung in Form von Beratung, Vordrucken und Standardformularen geben. Wir können über die formalen und rechtlichen Schritte der Einleitung eines Bürgerentscheids informieren ([www.omnibus.org](http://www.omnibus.org) und [www.buergerbegehren.org](http://www.buergerbegehren.org)).

### Einige Beispiele, die Mut machen:

- In Ottobeuren verhinderten die Bürger den Verkauf der kommunalen Wasserrechte
- Mit einer Zweidrittelmehrheit stimmten die Bürger in Münster am 16. Juni 2001 gegen die Privatisierung der Stadtwerke
- Im ersten landkreisweiten Bürgerentscheid Schleswig-Holsteins votierte in Nordfriesland eine satte Mehrheit für den Verbleib der vier Kreiskrankenhäuser in öffentlicher Hand
- In Düsseldorf votierten im Mai 2001 fast 90 % gegen die Privatisierung der Stadtwerke
- In Kulmbach wurde ein Bürgerentscheid „Nix mit Abwassertricks“ gegen einen geplanten „Cross Border Leasing“-Vertrag eingeleitet. Die Stadt Kulmbach wollte die Kläranlage und die Abwasserleitungen an eine US-Firma „vermieten“ und mit diesem dubiosen Steuertrick Geld verdienen

### Direkte Demokratie als Alternative zu wachsender Staatsverschuldung

Überall dort, wo die Direkte Demokratie ausgebaut ist, ist die Quote der Staatsverschuldung wesentlich geringer und die Verantwortlichkeit und Identität der Bürger mit ihrem Gemeinwesen höher. Die Bürger sind besser informiert und der Dialog zwischen Politikern und Bürgern ist sachlicher.

### Beispiel: Schweiz

Die Schweiz gilt als Mutterland der Direkten Demokratie. Auf Gemeinde-, Kantons- und Eidgenossenschaftsebene wird seit über 100 Jahren regelmäßig abgestimmt. Drei- bis viermal im Jahr stimmen die Schweizer – nach intensiver öffentlicher Diskussion – über Sachfragen ab. Die Bürgerinnen und Bürger haben in der Schweiz das Heft in der Hand. Die meisten Gemeinden und Kantone legen jedes Jahr ihren Bürgern einen Rechenschaftsbericht über den Haushalt mit allen Einnahmen und Ausgaben vor, und der Haushaltsentwurf muß in einer Volksabstimmung angenommen werden. Außerdem bestimmen die Bürger selbst die Höhe der Steuern, den Steuerfuß. Sie können auch einzelne Investitionen ablehnen, diese kommen dann gesondert zur Abstimmung. Eine Studie zeigt, daß Gemeinden und Kantone in der Schweiz, in denen die Direkte Demokratie in Finanzfragen verwirklicht ist, schwarze Zahlen schreiben, während dort, wo noch stark repräsentative Strukturen vorliegen, die Haushalte regelmäßig verschuldet sind.

## Unsere Arbeit – drei aktuelle Schwerpunkte

### ● OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

Der OMNIBUS fährt durchgängig von Anfang März bis Ende November für die Einführung und Ausgestaltung der Volksabstimmung durch Deutschland – von Stadt zu Stadt. Im direkten Gespräch von Mensch zu Mensch bildet sich die Substanz der Demokratie. So wird die Idee der Volksabstimmung im Bewußtsein verankert. Die Mitarbeiter/innen des OMNIBUS führen jeden Tag hunderte von Gesprächen und sammeln Unterschriften. Oft finden Veranstaltungen mit Schulklassen oder Abendvorträge statt. Die regionale Presse berichtet fast immer.

### ● Unterstützung von landesweiten Volksbegehren

Wir benutzen die bestehenden Regelungen auf Landesebene und initiieren und unterstützen Volksbegehren. Arbeitsschwerpunkt ist 2003 das Volksbegehren für ein neues Wahlrecht in Hamburg. Dieses will den Einfluß der Bürger auf die Auswahl der Kandidaten erhöhen und die Übermacht der Parteien in Hamburg begrenzen. Das Volksbegehren wurde 2002 mit 15.000 Unterschriften erfolgreich eingeleitet. Im September 2003 müssen sich nun 65.000 Bürger für das Volksbegehren eintragen, damit es 2004 zum Volksentscheid kommt.

### ● Geld und Demokratie

Regiogeld:

Das Regiogeld ist eine zinsfreie Komplementärwährung und dient der Stärkung der regionalen Wirtschaft und Finanzierung gemeinnütziger Arbeiten. Im Chiemgau startete ein erstes Modellprojekt.

Bürgerhaushalt:

1997/98 initiierten wir das Bürgerbegehren „Unser München aus der Schuldenfalle“ für Transparenz und Beteiligung in der städtischen Finanzplanung. Der Bürgerentscheid scheiterte im Januar 2001 am mangelnden Interesse der Bürger. Im Sommer 2002 mußte dann die Stadt München ihre Pleite verkünden.

Im letzten Jahr lernten wir das Modell Bürgerhaushalt „Orçamento Participativo“ der Stadt Porto Alegre in Brasilien kennen (1,3 Mill. Einwohner). Aus einer unbeschreiblichen Not (Armut und Korruption) heraus wurde vor 14 Jahren begonnen, den jährlichen kommunalen Haushalt mit Unterstützung der Bürger aufzustellen. Mit immer wachsender Beteiligung der Bürger/innen gelang es, die Korruption massiv einzudämmen und die Infrastruktur, Bildung und Gesundheit der Bevölkerung erheblich zu verbessern. Wir begleiten im Mai 2003 mit dem OMNIBUS die Dialogreise des ehemaligen zweiten Bürgermeisters von Porto Alegre, Davi Luis Schmidt, durch Deutschland.



Wir freuen uns, wenn wir Ihnen einen ersten Einblick in unsere Arbeit geben konnten. Der OMNIBUS schöpft seine Kraft aus der Idee, die er verkörpert - aber er könnte nicht fahren ohne das Vertrauen von inzwischen etwa 1.500 Menschen in ganz Deutschland, die aktiv als Förderinnen und Förderer in diese Arbeit eingestiegen sind und sie gemeinsam erst ermöglichen. Wenn auch Sie konkret etwas für die Verwirklichung der Volksabstimmung tun wollen, zögern Sie nicht, Ihren Beitrag zu leisten, damit der OMNIBUS rollen kann.

Für die Beantwortung von Fragen steht Ihnen unser Büro immer gern zur Verfügung. Sie können dort auch eine Bücherliste anfordern oder sich beraten lassen, wenn Sie z.B. einen Bürgerentscheid in Ihrer Gemeinde initiieren wollen. Wenn Sie rechtzeitig den Termin mit dem Büro abstimmen, können Sie auch den OMNIBUS in Ihre Stadt einladen.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse

OMNIBUS gGmbH  
für Direkte Demokratie  
Öschstr. 24  
87437 Kempten  
Tel. 0831-5707689  
Fax 0831-5859202  
email [info@omnibus.org](mailto:info@omnibus.org)

Auf den folgenden Internetseiten erhalten sie ausführlichere Informationen:

[www.omnibus.org](http://www.omnibus.org): Portalseite des Omnibus für Direkte Demokratie, aktuelle Informationen und Hintergründe zur Volksabstimmung

[www.buergerbegehren.org](http://www.buergerbegehren.org): Beratung kommunaler Bürgerbegehren

[www.freigeld.de](http://www.freigeld.de): Informationsseite zu Problemen unseres Geldwesens und regionalen Komplementärwährungen

[www.regiogeld.de](http://www.regiogeld.de): Arbeits- und Austauschplattform für Regiogeld-Initiativen

[www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org): Informationsseite zu Bürgerbeteiligung in der Finanzplanung

[www.soziale-plastik.org](http://www.soziale-plastik.org): Linkportal zur Arbeit an der Sozialen Plastik

[www.beuys.org](http://www.beuys.org): Informationsseite zu Josef Beuys